Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Herr Bundesrat
Alain Berset
Vorsteher Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

27. September 2016

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 6. Juli 2016 und die Möglichkeit, an der von Ihnen eröffneten Vernehmlassung „Änderung des Bundesgesetzes über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz)“ teilnehmen zu können.

Sie bitten uns, im Rahmen unserer Stellungnahme mitzuteilen, welcher der drei Varianten wir den Vorzug geben würden, falls eine Revision des Sprachengesetzes notwendig werden sollte.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir teilen die Ansicht des Bundesrates, dass dem Unterricht der Landessprachen in der Schweiz eine besondere Bedeutung zukommt. Für uns als Kanton, der direkte Grenzen mit französischsprachigem Gebiet teilt, ist dies besonders wichtig. Als Pionierkanton kannten wir bereits Ende der 1960er Jahre den Französischunterricht in Pilotgemeinden ab der fünften Klasse der Primarschule. Als einer der Passepartout-Kantone setzen wir den Fremdsprachenunterricht konsequent um. Wir haben die Laufbahn eines Kindes im Auge und wollen während der Zeit der Volksschule für alle Schüler und Schülerinnen eine günstige Ausgangslage schaffen, ganz besonders im Hinblick auf den Übergang in die postobligatorische Zeit der Sekundarstufe II.

Gemäss unserer Einschätzung sind alle Kantone bestrebt, den Harmonisierungsauftrag der Bundesverfassung zu erfüllen. Aus diesem Grund sehen wir im jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit für eine Ergänzung des Sprachengesetzes.

Wir sind überzeugt, dass das Sprachengesetz den kantonalen Bestrebungen und Regelungen entspricht und unterstützen die Beibehaltung der aktuell geltenden Fassung.

Deshalb lehnen wir sämtliche drei Varianten ab.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Fürst
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber